

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur dritten Auflage	5
§ 1 Grundlagen und Verwaltungsverfahren	17
I. Allgemeine Grundsätze des SGB II	17
1. Leistungsarten	17
2. Hilfebedürftigkeit	17
3. Grundsatz des Forderns – Obliegenheiten	17
4. Grundsatz des Förderns – Eingliederungsleistungen	18
II. Besondere Leistungsgrundsätze	23
1. Subsidiarität	23
2. Fehlen bereiter Mittel	23
3. Beschleunigungsgebot	25
4. Antragsrecht des Leistungsträgers	25
5. Verhältnis zu anderen Leistungen	25
6. Zuständigkeitsstreit zwischen dem Träger der Sozialhilfe und dem Leistungsträger nach dem SGB II	26
7. Besondere Art der Leistungsgewährung	26
a) Vorläufige Leistungen nach § 43 SGB I	26
b) Vorschüsse nach § 42 Abs. 1 S. 1 SGB I	26
c) Vorläufige Entscheidung nach § 328 SGB III	26
d) Vorwegzahlung	26
III. Verwaltungsverfahren	27
1. Antragsverfahren	27
2. Beratungs- und Hinweispflichten – Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch	30
3. Beteiligungsfähigkeit der Leistungsträger	31
4. Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes	32
5. Widerspruchsverfahren	33
a) Ablauf des Widerspruchsverfahren	33
b) Recht zur Akteneinsicht im Widerspruchsverfahren	36
c) Anspruch auf Kostenerstattung im Widerspruchsverfahren	37
aa) Umfang der Kostenerstattung durch die Behörde	38
bb) Kostenfestsetzungsentscheidung nach Widerspruchsverfahren	39
6. Gebührenberechnung von Betragsrahmengebühren	39
a) Gebühren Nr. 2302 Nr. 1 VV	41
b) Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV	43
c) „Anrechnung“ von Gebühren in sozialrechtlichen Angelegenheiten	44
d) Einigungs- und Erledigungsgebühren nach Nr. 1005, 1006 VV ...	45

IV. Beratungshilfe	46
1. Voraussetzungen für Beratungshilfe	46
a) Bedürftigkeit	46
b) Bedarf für Beratung und Vertretung	48
2. Örtliche Zuständigkeit bei der Beratungshilfe	49
3. Spezielle Probleme bei der Gewährung von Beratungshilfe	50
a) Mehrere Angelegenheiten	50
b) Vertretung einer Bedarfsgemeinschaft	50
c) Unmittelbarer Zugang zum Rechtsanwalt	50
4. Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung der Beratungshilfe	51
5. Vergütungsfestsetzung in der Beratungshilfe	52
a) Gebühr für eine Beratung Nr. 2500, 2501 VV	52
b) Geschäftsgebühr Nr. 2503 VV, Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV ...	52
c) Erledigungsgebühr nach Nr. 2508 VV	53
6. Zusammentreffen von Ansprüchen auf Kostenerstattung und Beratungshilfe	53
a) Kostenerstattungsanspruch geht auf Rechtsanwalt über	53
b) Anrechnung der Beratungshilfegebühren auf das nachfolgende Klageverfahren	55
 § 2 Leistungsberechtigte	 56
I. Allgemeine Leistungsvoraussetzungen	56
1. Altersgrenzen	56
2. Erwerbsfähigkeit	56
3. Abgrenzung zur Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung	57
4. Abgrenzung zur Sozialhilfe	57
5. Feststellung der Erwerbsfähigkeit	58
6. Hilfebedürftigkeit	59
a) Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II	59
b) Hilfebedürftigkeit nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	59
c) Ansprüche auf Grundleistungen nach dem AsylbLG	60
7. Gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland	62
8. Ausschluss von bestimmten Ausländern	62
a) EU- und Nicht-EU-Ausländer	62
b) Soziale Rechte anerkannter Flüchtlinge, Asylbewerber usw	66
9. Bedarfsgemeinschaft	66
a) Haushaltsgemeinschaft, leben in einem gemeinsamen Haushalt ...	67
b) Nichteheliche Lebensgemeinschaft	72
c) Im Haushalt lebende Eltern und Partner unverheirateter erwerbsfähiger Kinder	75
d) Ehegatten und Lebenspartner	75

e) Kinder in der Bedarfsgemeinschaft	76
10. Kinder in der Haushaltsgemeinschaft	78
11. Besonderheiten bei einem Anspruch auf Schulbedarf ohne Bedarfsgemeinschaft	79
II. Ausschluss von Leistungen	81
1. Stationär untergebrachte Personen	81
2. Unterbringung wegen Freiheitsentziehung aufgrund richterlicher Anordnung	81
3. Bezieher von Rente wegen Alters	81
a) Bezieher von vorgezogener Altersrente	81
b) Bezieher von Altersrente in Bedarfsgemeinschaft mit Leistungsbe rechtigten	82
4. Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Teilnehmer einer nach dem SGB III geförderten Maß nahme der beruflichen Bildung	84
a) Leistungsausschluss	84
b) Ausnahmen vom Leistungsausschluss	86
aa) Besondere Bedarfe sind nicht ausgeschlossen	86
bb) Sozialgeldanspruch von Angehörigen der Auszubildenden	86
cc) Ergänzende Leistungen zu den Kosten der Unterkunft	87
dd) Mini-BAföG, Berufsvorbereitung und Auszubildende ohne eigene Wohnung	88
ee) Besondere Härtefälle nach § 7 Abs. 5	89
§ 3 Leistungen nach dem SGB II	91
I. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	91
1. ALG II und Sozialgeld	91
2. Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bei ALG II-Bezug	91
a) Krankenversicherungspflicht der ALG II-Bezieher	92
b) Allgemeine Krankenversicherungspflicht	93
c) Rentenversicherungspflicht der ALG II-Bezieher	94
d) Übernahme der Beiträge zur Sozialversicherung	94
e) Beitragszuschuss zu den Kosten einer privaten Krankenversicherung oder zur freiwilligen Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse	96
f) Folgen fehlender Anrechnungszeiten/fehlenden Versicherungsschutzes in der gesetzlichen Rentenversicherung	97
g) Exkurs: Der Zuschuss zur freiwilligen gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherung für Nichtleistungsbezieher	98
3. Regelbedarfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes	99
a) Ermittlung der Regelbedarfe nach dem Regelbedarfsermittlungsgesetz (RBEG)	99

b) Verfassungsmäßigkeit der Regelbedarfe nach dem Regelbedarfsermittlungsgesetz	100
c) Beurteilungsspielraum des Gesetzgebers	101
aa) Transparenzgebot	101
bb) Rechtfertigung von Kürzungen, Ausgleichsmöglichkeit	101
d) Verfassungsmäßigkeit der Anpassungsformel	103
e) Ungleichbehandlung verschiedener Personengruppen	103
f) Fragen der Gleichbehandlung	104
g) Verfassungsrechtliche Entwicklung	105
4. Leistungen für Mehrbedarfe	106
a) Leistungen bei Schwangerschaft	107
b) Leistungen für Alleinerziehende	107
c) Mehrbedarf für behinderte Menschen, die Leistungen zur Teilhabe erhalten	108
d) Mehrbedarf bei kostenaufwendiger Ernährung	109
e) Mehrbedarf nicht erwerbsfähiger Personen (Nachteilsausgleich für Gehbehinderte)	112
f) Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasserversorgung	112
5. Sonder- und unabweisbare Bedarfe	113
a) Sonderbedarf gegen den kommunalen Träger	113
b) Unabweisbarer Bedarf, einmaliger Sonderbedarf	115
c) Atypische Bedarfe	117
d) Darlehensgewährung bei Mittellosigkeit	120
e) Anspruch auf Bildung und Teilhabe	121
aa) Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten	121
bb) Ausstattung mit Schulbedarf	122
cc) Lernförderung, Nachhilfeunterricht	122
dd) Anspruch auf Erstattung der Mehraufwendungen für Schulverpflegung	124
ee) Anspruch auf Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres	124
6. Leistungen für Unterkunft und Heizung	125
a) Ermittlung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft	126
b) Angemessene Heizkosten	134
c) Weiterzahlung der unangemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung	135
d) Kostensenkungsobligie, Kostensenkungsaufforderung	136
aa) Bedeutung der Kostensenkungsbemühungen	138
bb) Unzumutbarkeit der Kostensenkung	138
e) Ausgleichsanspruch – Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasserversorgung	139
f) Nachzahlungen und Nachforderungen von Mietnebenkosten	139

g) Kosten der Unterkunft bei Eigentumswohnungen und Eigenheimen	140
h) Aufteilung der Unterkunftskosten	143
i) Leistungen bei Umzug	143
j) Übernahme von Mietschulden	147
k.) Zuschuss zu den Wohnkosten nach § 27 Abs. 3 bei Empfängern von Berufsausbildungsbeihilfen uÄ	148
l) Regelung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung durch Satzung	150
7. Leistungserbringung als Darlehen	153
II. Leistung zur Eingliederung in Arbeit	155
1. Persönlicher Ansprechpartner	155
2. Eingliederungsvereinbarung	155
3. Leistungen zur Eingliederung im Einzelnen	157
4. Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung/„Ein-Euro-Job“	157
§ 4 Anrechnung von Einkommen und Vermögen	163
I. Anrechnung von Einkommen	163
1. Unterschied Einkommen – Vermögen	163
2. Laufende und einmalige Einnahmen	164
II. Ausnahmen von der Anrechnung	165
1. Einnahmen nach dem SGB II	165
2. Grundrenten	166
3. Schmerzensgeld	166
4. Zweckbestimmte Einnahmen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften	166
5. Nicht zu berücksichtigende Einnahmen nach § 1 ALG II-V/Sozial-geldverordnung	170
6. Elterngeld	171
III. Anrechnung von Einkommen	171
1. Steuern auf das Einkommen	171
2. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	172
3. Beiträge zu privaten Versicherungen	173
a) Gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen	173
b) Beiträge zu Versicherungen, die nach Grund und Höhe angemes-sen sind	174
c) Geförderte Altersvorsorgebeiträge „Beiträge zur Riesterrente“	177
d) Abzug von Werbungskosten und Betriebskosten	178
e) Freibetrag bei Erwerbstätigkeit: Pauschbetrag iHv 100 EUR	180
aa) Grundfreibetrag	180
bb) Freibeträge für Erwerbstätige	181
f) Abzug von laufenden Unterhaltszahlungen	185

g) Kinderfreibetrag für Empfänger von BAföG oder BAB-Leistungen	185
4. Einkommen aus selbstständiger Arbeit – Einmalige Einnahmen	186
IV. Kinderzuschlag und Wohngeld	192
1. Kinderzuschlag	192
2. Anspruch auf Wohngeld	194
V. Anrechnung von Vermögen	195
1. Unverwertbare Vermögensgegenstände	195
2. Vertragliche Verwertungshindernisse	195
3. Gesetzliche begünstigte Verwertungshindernisse	196
a) „Rürup“ – Basisrente	196
b) Versicherung zur Alterssicherung	196
c) Tatsächliche Verwertungshindernisse	196
4. Abzusetzendes Vermögen	197
a) Grundfreibetrag	197
b) Grundfreibetrag Minderjähriger	198
c) Verwertungsausschluss bei verschiedenen Vermögenswerten	198
d) Gefördertes Altersvorsorgevermögen	199
e) Besondere Altersvorsorge Basisrente	199
f) Zur Altersvorsorge bestimmtes Vermögen	201
g) Ansparfreibetrag	201
5. Nicht zu berücksichtigendes Vermögen	202
a) Angemessener Haustrat	202
b) Angemessenes Kraftfahrzeug	202
c) Angemessene Altersversorgung	203
d) Selbst genutztes Hausgrundstück	206
e) Vermögen zur Beschaffung oder Erhaltung von Wohnraum für behinderte oder pflegebedürftige Menschen	207
f) Allgemeine Härteregelung	207
6. Umschichtung von Vermögenswerten	209
§ 5 Sanktionen	213
I. Gemeinsame Voraussetzungen von Sanktionen	213
1. Anforderungen an eine Rechtsfolgenbelehrung	213
2. Sanktion ohne Rechtfolgenbelehrung	215
3. Zeitlicher Zusammenhang zwischen Verstoß und Sanktion	216
4. Subjektiv zurechenbarer Pflichtverstoß	216
5. Verhältnis von Einkommen, Sanktion und Schadenersatz	216
6. Keine Sanktion bei wichtigem Grund für das Fehlverhalten	221
II. Einzelne Sanktionstatbestände	222
1. Nichterfüllung der Pflichten in der Eingliederungsvereinbarung	222
2. Ablehnung einer zumutbaren Arbeit	223

3.	Ablehnung einer zumutbaren Arbeitsgelegenheit oder einer geförderten Arbeit (§ 16 c SGB II)	224
4.	Nichtantritt und Abbruch von Eingliederungsmaßnahmen	224
5.	Sanktion bei „Quasi-Sperrzeit“	225
6.	Sanktion bei Sperrzeit	225
7.	Sanktion bei Vermögensminderung und unwirtschaftlichem Verhalten	226
8.	Sanktion bei Meldeversäumnis	227
§ 6 Rückforderung und Inanspruchnahme Dritter		231
I. Rückforderung von Leistungen		231
1.	Aufhebung von Verwaltungsakten	231
a)	Rücknahme von rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakten nach § 45 SGB X	232
b)	Rücknahme von Verwaltungsakten nach § 44 SGB X	237
c)	Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 48 SGB X	237
2.	Erstattung von zu Unrecht erbrachten Leistungen	240
3.	Besonderheiten bei Rückforderung von Leistungen nach dem SGB II	241
a)	Reduzierter Rückforderungsbetrag bei Aufhebung nach § 45 Abs. 1 S. 1 und § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 und 4 SGB X	241
b)	Rückforderung von Leistungen für den Schul- und Teilhabebedarf (§ 28)	241
c)	Aufrechnung bei Unredlichkeit	241
4.	Umdeutung eines fehlerhaften Bescheides nach §§ 45, 48 SGB X	243
5.	Verhältnis der Rückforderung zu Erstattungsansprüchen der Leistungsträger	243
a)	Erstattungsanspruch bei vorläufigen Sozialleistungen	243
b)	Erstattungsanspruch bei nachträglichem Wegfall und Ruhens eines anderen Sozialleistungsanspruchs	244
c)	Erstattungsanspruch des nachrangigen Leistungsträgers	245
d)	Verhältnis der Erstattungsansprüche zur Rücknahme und Aufhebung von Verwaltungsakten	246
II. Ansprüche gegen Dritte und Rechtsnachfolger		247
1.	Übergang von Ansprüchen des Leistungsberechtigten	247
a)	Allgemeine Regelungen	247
b)	Besondere Regelungen für Unterhaltsansprüche	249
c)	Geltendmachung des Anspruchs durch den Leistungsträger	250
2.	Einzelne Ansprüche	251
3.	Ansprüche gegen Rechtsnachfolger	253
4.	Schadenersatzansprüche gegen den Leistungsberechtigten	254
a)	Schadenersatz bei sozialwidrigem Verhalten	254
b)	Schadenersatz bei Abbruch von Bildungsmaßnahmen	254

Inhaltsverzeichnis

§ 7 Verfahren vor den Sozialgerichten	256
I. Verfahren im ersten Rechtszug vor dem Sozialgericht	256
1. Rechtsweg	256
2. Örtliche Zuständigkeit	256
3. Klagearten	256
a) Anfechtungsklage	256
b) Kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage	257
c) Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	257
d) Untätigkeitsklage	258
4. Beschränkung der Überprüfung des Bescheides durch den Klageantrag	259
5. Klage einer Bedarfsgemeinschaft – Klagehäufung	259
6. Klage betrifft nur den angefochtenen Bewilligungszeitraum	260
7. Anforderungen an eine wirksame Klageschrift	261
8. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	263
a) Korrektur der Klageschrift	263
b) Fristbestimmung durch den Vorsitzenden	263
9. Klagerücknahmefiktion	265
10. Verfahrensgang, Verfahrensbeendigung	267
a) Amtsermittlung	267
b) Grundsatz der mündlichen Verhandlung	267
c) Beendigung des Verfahrens	268
aa) Klagerücknahme	268
bb) Anerkenntnis	268
cc) Angenommenes Anerkenntnis	269
dd) Teilanerkenntnis	269
ee) Urteil – Gerichtsbescheid	271
ff) Beendigung des Verfahrens durch Urteil	272
gg) Inhalt des Urteils	273
II. Kosten des Klageverfahrens	274
1. Kostenerstattungsansprüche der Kläger gegen Beklagte und Beigeladene (Kostengrundentscheidung)	274
a) Kostenerstattungsansprüche gegen Beigeladene nach § 193 SGG	274
b) Kostenerstattungsansprüche gegen den Beklagten	274
2. Kostenfestsetzung durch Urkundsbeamten (Entscheidung über die Höhe und den Anfall von Gebühren)	275
a) Erinnerung gegen Entscheidungen des Kostenbeamten	276
b) Anhörungsrüge	276
c) Verfassungsbeschwerde	276
III. Rechtsanwaltsvergütung im sozialgerichtlichen Verfahren	277
1. Verfahrensgebühr nach Nr. 3102	277
2. Terminsgebühr Nr. 3106 VV	281

IV. Prozesskostenhilfe	283
1. Erfolgssaussichten	284
2. Beiordnung eines Rechtsanwalts notwendig	284
3. Bagatellrechtsprechung	284
4. Entscheidungsreife des Prozesskostenhilfegesuchs	285
5. Teilweise Bewilligung von Prozesskostenhilfe	286
6. Zeitpunkt der Bewilligung der Prozesskostenhilfe	287
7. Wirkung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung	288
8. Anspruch auf Erstattung von Kosten verdrängt Anspruch auf Pro- zesskostenhilfe	288
9. Rechtsbehelfe gegen ablehnenden Prozesskostenhilfebeschluss	289
10. Rechtsbehelf gegen Entscheidungen des Gerichts im Verfahren auf Festsetzung der Gebühren gegen die Staatskasse	290
11. Gebühren im Prozesskostenhilfeantragsverfahren	290
V. Vorläufiger Rechtsschutz vor den Sozialgerichten	291
1. Einstweiliger Rechtsschutz in Anfechtungssachen	291
a) Herstellung der aufschiebenden Wirkung durch den Leistungsträ- ger	292
b) Einstweilige Anordnung in Anfechtungssachen	293
c) Verfahrens- und Gebührenhinweis	294
2. Einstweiliger Rechtsschutz in Vornahmesachen	294
a) Anordnungsanspruch	295
b) Anordnungsgrund – Eilbedürftigkeit – Abwendung wesentlicher Nachteile	296
c) Verpflichtung zur Leistung mit Abschlägen möglich	298
d) Einstweiliger Rechtsschutz und Rechtskraft	298
3. Rechtsbehelf gegen die Versagung des einstweiligen Rechtsschut- zes	299
4. Verhältnis Beschwerdeverfahren und Antragsverfahren beim einst- weiligen Rechtsschutz	299
5. Dauer der Leistungsgewährung	301
6. Antragstellung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren (Vornahmesache)	301
7. Prozesskostenhilfe im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	302
8. Gebühren im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	302
9. Mündliche Verhandlung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	305
VI. Berufungsverfahren	305
1. Zulassung der Berufung	306
a) Grundsätzliche Bedeutung	307
b) Divergenz	307
c) Verfahrensmangel	308
2. Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht	308
VII. Revision und Sprungrevision	309

Inhaltsverzeichnis

VIII. Kontrolle von Satzungen über die angemessene Höhe der Kosten der Unterkunft und Heizung	311
Anhang	314
I. Muster: Isolierter Antrag auf Prozesskostenhilfe	314
II. Muster: Beschwerde gegen die Ablehnung der Prozesskostenhilfe durch das Sozialgericht	316
III. Muster: Einstweilige Anordnung, Regelungsanordnung nach § 86 b Abs. 2 S. 2 SGG	317
IV. Muster: Beschwerde gegen ablehnenden Beschluss über den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz	320
V. Muster: Anfechtungsklage gegen Versagungsbescheid	323
VI. Muster Anfechtungs- und Leistungsklage	324
VII. Muster: Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht „Grundsätzliche Bedeutung“	327
VIII. Muster: Atypischer Bedarf, Widerspruch gegen einen ablehnenden Bescheid	329
Stichwortverzeichnis	333